

STELLUNGNAHME SENKUNG DES WAHLALTERS

Wählen ist ein Grundrecht. Dieses Grundrecht aktiv bei Landtagswahlen auszuüben, ist in Baden-Württemberg derzeit allerdings erst ab dem Alter von 18 Jahren möglich. Diese Grenze ist willkürlich. Nach dem 18. Lebensjahr hinterfragt niemand mehr die politische Reife einer Bürgerin und eines Bürgers.

Es ist daher schleierhaft, warum 2013 bei der Herabsetzung des Wahlalters bei den Kommunalwahlen nicht auch an die Landtagswahlen herangegangen wurde.

Gegnerinnen und Gegner der Herabsetzung des Wahlalters führen oft fadenscheinige Argumente an – so zum Beispiel, dass man ja auch mit der Volljährigkeit geschäftsfähig und strafmündig sei. Tatsächlich ist es aber so, dass man nicht erst mit 18 Jahren vor Gericht gestellt werden oder etwas kaufen kann. Zudem kann auch die bisherige Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen, bei denen Menschen schon ab 16 Jahren wählen können, kein Maßstab über das Recht zu wählen sein. Das Wahlrecht an die Wahlbeteiligung zu koppeln ist schlicht undemokratisch.

Politikverdrossenheit ist Folge von fehlender Mitbestimmung: zwischen Kaffeerunden und echter Beteiligung liegen Welten. Wirklich gehört zu werden und mitzubestimmen ist ein zentrales Element der demokratischen Persönlichkeitsentwicklung. Angebote zur Jugendbeteiligung können niemals eine echte Mitbestimmung über Wahlen ersetzen. Genauso wenig aber andersherum. Es ist fundamental, beides zu verwirklichen. Einerseits den konsequenten Ausbau des jugendpolitischen Angebots, Schaffung innovativer und jugendgerechter Beteiligung und andererseits die Absenkung des Wahlalters. Nur wer wählen darf, wird konkret von der Politik wahrgenommen. Die Jugend ist nicht nur „Fridays for Future“, sondern viel mehr. Jugendliche haben eben oft ihren eigenen Blick und ihre Expertise zu vielen Themen.

Wir sind die Gesellschaft von Gegenwart und Zukunft. Daher sollten wir auch durch Wahlen mitbestimmen, wie diese aussehen soll. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist ein Herabsenken des Wahlalters nicht nur zwingend notwendig, sondern auch generationengerecht, wenn wir wollen, dass die Jugend von heute eine Zukunft und starke Stimme hat. In diesem Sinne ist der Kompromiss des Wahlalters mit 16 Jahren ein Mittelweg, der gegangen werden muss.

STELLUNGNAHME 1-2 EURO TICKETS IM ÖPNV IN BW

Wir bedanken uns für Ihre Stellungnahme zum Thema „1-2€ Tickets im ÖPNV in Baden-Württemberg.“ Manche Teile der Statements haben unseren Vorstellungen entsprochen, manche Aussagen hielten wir jedoch für zu ungenau bzw. zu oberflächlich. So erachten wir beispielsweise eine Verdopplung der Passagierzahlen bis 2030 zum aktuellen Zeitpunkt als unmöglich.

Gemeinsam haben wir folgende Punkte/Forderungen ausgearbeitet.

- (1) Fördern statt fordern
- (2) Qualität – Quantität
- (3) Finanzierung

(1) Fördern statt fordern

Unter dem Aspekt „fördern statt fordern“ verstehen wir eine stärkere Förderung und Unterstützung der Kommunen bzw. der Verkehrsverbände durch das Land Baden-Württemberg. Dies kann durch ein Förderungssystem des Landes erzielt werden, welches Vernetzungen der Verkehrsverbände attraktiver gestaltet, um bspw. überregionale Personenbeförderung zu erleichtern. Förderung findet durch Fördermittel des Landes statt.

(2) Qualität Quantität

Ein ernstzunehmendes Problem im öffentlichen Nachverkehr stellt die nicht vorhandene Qualität dar. Unter Qualität verstehen wir

- Taktung: Die bisher nicht ausreichend vorhandene Anpassung der Taktung zu Hauptverkehrszeiten – vor allem in Kontext von Schulzeiten und Stoßkernarbeitszeiten
- Zuverlässigkeit: Öffentlicher Personennahverkehr sollte pünktlich und zuverlässig abfahren und ankommen. Hierzu ist es nötig die vorhandene Infrastruktur auszubauen und zu erweitern.
- Krisenmanagement: Es sollte Notfallressourcen geben, um mit unerwarteten Situationen (wie Frost und Hitze und Pandemien) besser zurecht zu kommen und vorbereitet zu sein.
- Elektrifizierung der Bahngleise: Gerade im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen (Fridays for future, Klimawandel), ist eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in unsere Atmosphäre besonders wichtig. Daher ist es wichtig, die Strecken zu elektrifizieren und diese mit aus erneuerbaren Energien gewonnenem Strom zu speisen.

Für alle drei Aspekte sollte das Land Verantwortung übernehmen und gegebenenfalls nach dem Rechten sehen. Uns ist bewusst, dass für alle drei Punkte Investitionen notwendig sind. Auf die Finanzierung gehen wir im Folgenden ein.

(3) Finanzierungsvorschläge

Den Ursprung des BW-Tarifs haben wir fortgedacht, für die Finanzierung eines landesweiten Ba-Wü-Tickets zum Preis von 720 Euro im Jahr – 60 Euro im Monat, was 2 Euro pro Tag entspricht. Um die entsprechenden Gelder für diesen grandiosen Ticketpreis zu erwirtschaften, schlagen wir eine Arbeitgeber*innenabgabe vor, obwohl in diesem Bereich noch Platz für weitere Ideen ist.

Wir erwünschen uns eine Fortsetzung und Realisierung unserer Ideengänge und dazu konkrete Lösungsvorschläge. Wir hoffen unsere Ideen in der Realität umgesetzt zu sehen.

STELLUNGNAHME STRENGERE RICHTLINIEN BEI DER MASSENTIERHALTUNG

Vielen Dank für Ihre Antworten. Wir freuen uns, dass das Thema Tierschutz und Tierwohl prinzipiell bei fast allen Fraktionen Zustimmung findet. Wir halten Bildungsansätze zum Thema Tierwohl und -schutz sowie Landwirtschaft, Ernährung und Fleischkonsum für sinnvoll. Leider wurden diese in Ihren Statements kaum berücksichtigt. Wichtig finden wir sowohl schulische, als auch außerschulische Bildungsangebote.

Aus Ihren Statements haben wir herausgelesen, dass fast alle Fraktionen für mehr Tierschutz sind. Wir teilen viele Ideen der beschriebenen Ansätze, jedoch fehlt es uns an konkreten Maßnahmen und deren Umsetzung. Wichtig ist uns, dass die Tierhaltungsstandards alle Aspekte der Tierhaltung berücksichtigt werden. Diese sollten sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen über Tierwohl orientieren.

In Bezug auf Fleischwerbung teilen wir den Ansatz, diese nicht allgemein zu verbieten, sondern auf Werbung für Billigfleisch zu Schnäppchenpreisen zu verzichten und damit den aggressiven Preiskampf zu unterbinden.

Wir wünschen uns für die Zukunft von allen Fraktionen, dass sie sich konkret für mehr Maßnahmen zum Tierwohl einsetzen. Außerdem wünschen wir uns bei zukünftigen Formulierungen, dass auf verständliche und einfache Sprache geachtet wird, sodass allen Kindern und Jugendlichen Teilhabe ermöglicht wird.